**Satzung über die Erhebung von Gebühren
für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Plettenberg
(Gebührensatzung Brandverhütungsschau)
vom 06.03.2024**

Aufgrund der §§ 52, 26 des Gesetzes über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) vom 17. Dezember 2015 (GV.NRW. S. 886), zuletzt durch Art. 6 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GV. NRW. S. 762) geändert, § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490) und der §§ 1 und 4 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) vom 21. Oktober 1969 (GV. NW. S. 712), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 25. April 2023 (GV. NRW. S. 233) hat der Rat der Stadt Plettenberg in seiner Sitzung am 05.03.2024 die folgende Satzung beschlossen:

**§ 1
Vorbeugender Brandschutz**

- (1) Die Brandverhütungsschau wird insbesondere pflichtgemäß (§ 26 BHKG) durchgeführt, um präventiv zu prüfen, ob Gebäude und Einrichtungen, die in erhöhtem Maße brand- oder explosionsgefährdet sind oder in denen bei Ausbruch eines Brandes oder bei einer Explosion eine große Anzahl von Personen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind, den Erfordernissen des abwehrenden Brandschutzes entsprechen. Eigentümer und Eigentümerinnen sowie Besitzer und Besitzerinnen von Gebäuden und Grundstücken sind verpflichtet, die Brandverhütungsschau zu dulden (§ 44 Abs. 1 BHKG).
- (2) Die Prüfung der Erfordernisse des Brandschutzes dient insbesondere der Feststellung brandschutztechnischer Mängel und Gefahrenquellen sowie der Veranlassung von Maßnahmen, die der Entstehung eines Brandes und der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorbeugen und bei einem Brand oder Unglücksfall die Rettung von Menschen und Tieren, den Schutz von Sachwerten sowie wirksame Löscharbeiten ermöglichen.

**§ 2
Gegenstand und zeitliche Folge der Brandverhütungsschau**

- (1) Gegenstand der Brandverhütungsschau sind Gebäude, Betriebe und Einrichtungen, die in erhöhtem Maße brand- oder explosionsgefährdet sind oder in denen bei Ausbruch eines Brandes oder bei einer Explosion eine große Anzahl von Personen oder bedeutende Sachwerte gefährdet sind.
- (2) Die zeitliche Folge der Brandverhütungsschau richtet sich bei Objekten, für die kraft Baurechts oder im Einzelfall vorrangige baurechtliche Anordnungen gelten, nach den entsprechenden baurechtlichen Maßgaben.
- (3) Im Übrigen ist die Brandverhütungsschau – je nach Gefährdungsgrad des Gebäudes, des Betriebes oder der Einrichtung nach Abs. 1 – in Zeitabständen von längstens sechs Jahren durchzuführen. Die Zeitintervalle, nach deren Ablauf eine (weitere) Brandverhütungsschau regelmäßig durchzuführen ist, ergeben sich aus der als Anlage 2 beigefügten Übersicht. Diese ist Bestandteil dieser Satzung. Kürzere Intervalle sind in begründeten Einzelfällen möglich. Sofern sich ein Objekt nicht eindeutig einer der dort aufgeführten Objektgruppen zuordnen lässt, entscheidet der Fachdienst Vorbeugender Brandschutz über die Zuordnung.

§ 3 Gebührenpflichtige Amtshandlungen

- (1) Gebührenpflichtig sind die Leistungen
 - a) zur Durchführung der Brandverhütungsschau im Sinne von §§ 1 und 2 einschließlich deren Vor- und Nachbereitung. Dies gilt auch in den Fällen, in denen die für die Brandverhütungsschau zuständige Dienststelle an Prüfungen der Bauaufsichtsbehörde beteiligt ist und dabei zugleich eine Brandverhütungsschau im Rahmen einer Wiederkehrenden Prüfung vornimmt,
 - b) infolge erforderlicher erneuter Brandverhütungsschau nach festgestellten Mängeln bei der Brandverhütungsschau gemäß Buchstabe a),
 - c) zur Durchführung einer brandschutztechnischen Begehung und deren Vor- und Nachbereitung eines Objektes, das nicht der Brandverhütungsschulpflicht unterliegt, dessen Begehung aber vom Betreiber/Eigentümer des Objektes mündlich oder schriftlich beantragt worden ist,
 - d) im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes außerhalb des Baugenehmigungsverfahrens, die mündlich oder schriftlich beantragt wurden und die mit einer mündlichen brandschutztechnischen Beratung und/oder der Anfertigung einer brandschutztechnischen Stellungnahme zu einem definierten Objekt verbunden sind,
 - e) einer auf mündlichen oder schriftlichen Antrag durchgeführten Brandschutzunterweisung,
 - f) einer mündlich oder schriftlich beantragten brandschutztechnischen Beratung oder Aufschaltungsüberprüfung bei Inbetriebnahme, Änderung oder Erweiterung einer Brandmeldeanlage mit Alarmweiterleitung zur Feuerwehr oder einer Gebäudefunkanlage oder infolge eines mündlich oder schriftlich beantragten Einzeltermins aus besonderem Anlass (z.B. Wiederholungsprüfung, Beratung zur Anbringung brandschutztechnisch sinnvoller Vorrichtungen).
- (2) Einfache mündliche oder schriftliche Auskünfte (Zeitaufwand in der Regel unter ¼ Stunde) sind gebührenfrei.
- (3) Unberührt bleibt das Recht anderer Behörden, insbesondere der Bauaufsichtsbehörde, zur Erhebung von Gebühren aufgrund besonderer Vorschriften, wenn sie in eigener Zuständigkeit an der Durchführung der Brandverhütungsschau teilgenommen haben oder nach Durchführung der Brandverhütungsschau tätig geworden sind.

§ 4 Gebührenmaßstab

- (1) Die Gebühren werden nach der Dauer der einzelnen Amtshandlung (einschließlich An- und Abfahrtsweg) und nach der Zahl der in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens eingesetzten Kräfte bemessen. Fahrtkosten werden nach Maßgabe der Anlage 1 gesondert berechnet.
- (2) Die Bemessung der Gebühren erfolgt im Einzelnen nach den in der Anlage 1 festgelegten Bestimmungen und Sätzen. Es steht im pflichtgemäßen Ermessen der mit der Aufgabenwahrnehmung nach dieser Satzung beauftragten Dienststelle (Fachdienst Vorbeugender Brandschutz), sich zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben mehrerer Dienstkräfte gleichzeitig zu bedienen.

(3) Die Anlage 1 ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 5 Gebührensschuldner

Gebührensschuldner ist der Eigentümer, Besitzer oder sonstige Nutzungsberechtigte des der Brandverhütungsschau (§ 3 Abs. 1 Buchstaben a) und b)) unterworfenen Objektes sowie derjenige, der eine Leistung gemäß § 3 Abs. 1 Buchstaben c) bis f) beantragt. Mehrere Zahlungspflichtige haften als Gesamtschuldner.

§ 6 Gebührenbefreiung

Von der Erhebung der Gebühr kann im begründeten Einzelfall abgesehen werden, soweit dies nach Lage des Einzelfalles eine unbillige Härte wäre oder aufgrund gemeindlichen Interesses gerechtfertigt ist. Gebührenrechtliche Bestimmungen nach Landesrecht bleiben unberührt.

§ 7 Fälligkeit

- (1) Die Gebührenpflicht entsteht mit Abschluss der Amtshandlung. Die Gebühr wird durch Bescheid festgesetzt.
- (2) Die Gebühr ist, sofern im Bescheid keine andere Fälligkeit festgesetzt wird, mit Zugang des Bescheides fällig und innerhalb eines Monats zu entrichten.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.04.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau (a.F.) in der Stadt Plettenberg vom 04.09.2019 außer Kraft.

Anlage

1:

Anlage zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für den vorbeugenden Brandschutz (Brandverhütungsschau) und im Einzelfall beantragter brandschutztechnischer Leistungen in der Stadt Plettenberg

Die Bemessung der Gebühren erfolgt, sofern nicht anders angegeben, nach Personen- und Zeitaufwand. Es gelten die folgenden Sätze je eingesetzter Dienstkraft:

1. Durchführung einer Brandverhütungsschau (oder einer erneuten Brandverhütungsschau) am Objekt, auch etwaiger Zeitaufwand für Hin- und Rückfahrt

- a) je angefangener Viertelstunde und je eingesetzter Dienstkraft,
Beamte der Laufbahngruppe 2 (ehemals g.D.) 19,65 €
- b) je angefangener Viertelstunde und je eingesetzter Dienstkraft,
Beamte der Laufbahngruppe 1 (ehemals m.D.) 17,65 €

2. Vorbereitung und/oder Nachbereitung der Brandverhütungsschau (oder einer erneuten Brandverhütungsschau), entsprechend dem Arbeitsaufwand (im Rahmen der Nachbereitung auch ansatzfähig für schriftliche Erinnerung an ausstehende Sachstandsmitteilung zum Stand der Mängelbeseitigung oder für Abgabennachricht nach Fristüberschreitung)

- a) je angefangener Viertelstunde und je eingesetzter Dienstkraft,
Beamte der Laufbahngruppe 2 (ehemals g.D.) 19,65 €
- b) je angefangener Viertelstunde und je eingesetzter Dienstkraft,
Beamte der Laufbahngruppe 1 (ehemals m.D.) 17,65 €

3. Durchführung einer brandschutztechnischen Objektbesichtigung auf Antrag (einschließlich Vorbereitung und/oder Nachbereitung), auch etwaiger Zeitaufwand, für Hin- und Rückfahrt

- a) je angefangener Viertelstunde und je eingesetzter Dienstkraft,
Beamte der Laufbahngruppe 2 (ehemals g.D.) 19,65 €
- b) je angefangener Viertelstunde und je eingesetzter Dienstkraft,
Beamte der Laufbahngruppe 1 (ehemals m.D.) 17,65 €

4. Sonstige beantragte Leistungen gem. § 3 Abs. 1 Buchstaben d) bis f), auch etwaiger Zeitaufwand für Hin- und Rückfahrt

- a) je angefangener Viertelstunde und je eingesetzter Dienstkraft,
Beamte der Laufbahngruppe 2 (ehemals g.D.) 19,65 €
- b) je angefangener Viertelstunde und je eingesetzter Dienstkraft,
Beamte der Laufbahngruppe 1 (ehemals m.D.) 17,65 €

5. Fahrtkosten (MTW) (Nutzung Fahrzeug d. Fachdienst VB)

- Aufwendungsersatz-Pauschale für Anfahrt
(ab/an Wache) innerhalb Plettenbergs 11,50 €

Anlage 2:

Brandschaulpflichtige Objekte

Der Fachdienst Vorbeugender Brandschutz entscheidet über die Zuordnung von Objekten. Dies gilt auch für Objekte, die insbesondere aufgrund ihrer Nutzung nicht eindeutig einem in der Liste aufgeführten Objekt zugeordnet werden können. Die Zeitintervalle der Brandverhütungsschau sind Zeiträume, nach deren Ablauf eine (erneute) Brandverhütungsschau regelmäßig durchzuführen ist. Kürzere Abstände sind in begründeten Einzelfällen möglich. Die Liste der Brandverhütungsschauobjekte orientiert sich an der Objektliste des Lenkungsausschusses Vorbeugender Brandschutz des Verbandes der Feuerwehren in NRW (VdF) sowie (Fristen nach Gefährdungsgrad) an den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren Bund (AGBF Bund).

Ziffer	Objektart	Intervall in Jahren
1	Pflege und Betreuungseinrichtungen	
1.1	Krankenhäuser	3
1.2	Pflege- und Betreuungseinrichtungen	3
1.2.1	Altenwohnheime und Einrichtungen mit Pflege- und Betreuungsleistungen nach der Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an den Bau und Betrieb von Einrichtungen mit Pflege- und Betreuungsleistungen	3
1.2.2	Einrichtungen für hilfsbedürftige minderjährige Personen (ab 9 Personen)	3
1.2.3	Einrichtungen für körperlich und/oder geistig behinderte Personen (ab 9 Personen)	3
1.2.4	Tageseinrichtungen für hilfsbedürftige minderjährige und/oder behinderte Personen (ab 20 Personen)	3
1.3	Kindergärten, -tagesstätten, -horte	3
1.4	Kindertagespflegeverbände mit mehr als 9 Kindern	3
2	Übernachtungsbetriebe	
2.1	Beherbergungsstätten mit mehr als 12 Gastbetten nach SBauVO	3
2.2	Obdachlosenunterkünfte	3
2.3	Notunterkünfte (für Asylbewerber u.a.)	3
2.4	Campingplätze nach der Verordnung über Camping- und Wochenendplätze	6
2.5	Wohnheime mit mehr als 12 Betten außerhalb der SBauVO	3
3	Versammlungsobjekte – Versammlungsstätten nach SBauVO	
3.1	Versammlungsstätten mit Versammlungsräumen, die einzeln mehr als 200 Besucherinnen oder Besucher fassen, sowie Versammlungsstätten mit mehreren Versammlungsräumen, die insgesamt mehr als 200 Besucherinnen oder Besucher fassen, wenn sie gemeinsame Rettungswege haben	3

3.2	Versammlungsstätten im Freien mit Szenenflächen, deren Besucherbereich mehr als 1.000 Besucherinnen oder Besucher fasst, nach SBauVO	3
3.3	Sportstadien, die mehr als 5.000 Besucherinnen oder Besucher fassen, nach SBauVO	3
3.4	Gasträume und Räume mit Bühnen/Szenenflächen/Filmvorführungen, nicht ebenerdig, ab 50 Besucherinnen und Besuchern	3
4	Unterrichtsobjekte	
4.1	Schulen nach Schulbaurichtlinie	3
4.2	Ausbildungsstätten mit Unterrichtstrakten oder Unterrichtsräumen ab 100 Personen (nicht ebenerdig ab 50 Personen)	3
5	Hochhausobjekte	
5.1	Hochhäuser nach SBauVO	6
6	Verkaufsobjekte	
6.1	Verkaufsstätten nach SBauVO	3
6.2	Verkaufsstätten > 700m ² Verkaufsfläche	3
7	Verwaltungsobjekte	
7.1	Büro- und Verwaltungsobjekte ab Gebäudeklasse 3 und Geschossfläche > 3.000m ²	6
8	Ausstellungsobjekte	
8.1	Museen	6
8.2	Messe- und Ausstellungsbauten	6
9	Garagen	
9.1	Großgaragen nach SBauVO	6
9.2	Unterirdische, geschlossene Mittelgaragen > 300m ² in Verbindung mit anders genutzten Gebäuden	6
10	Gewerbeobjekte	
10.1	Gewerbeobjekte zur Herstellung und Produktion	6
10.1.1	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und Umgang von/mit überwiegend brennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße > 800m ²	6
10.1.2	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und Umgang von/mit überwiegend brennbaren Stoffen, in Verbindung zu Wohngebäuden oder nicht ebenerdig, mit einer Brandabschnittsgröße > 400m ²	6
10.1.3	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und Umgang von/mit überwiegend nichtbrennbaren Stoffen mit einer Brandabschnittsgröße > 1.600m ²	6

10.1.4	Betriebe zur Herstellung, Bearbeitung und Umgang von/mit überwiegend nichtbrennbaren Stoffen, in Verbindung mit Wohngebäuden oder nicht ebenerdig, mit einer Brandabschnittsgröße > 800m ²	6
10.2	Gewerbeobjekte zur Lagerung	6
10.2.1	Gebäude zur Lagerung überwiegend nichtbrennbarer Stoffe > 3.200m ² Lagerfläche	6
10.2.2	Gebäude zur Lagerung überwiegend nichtbrennbarer Stoffe, nicht ebenerdig, > 1.600m ² Lagerfläche	6
10.2.3	Gebäude zur Lagerung überwiegend brennbarer Stoffe > 1.600m ² Lagerfläche	6
10.2.4	Gebäude zur Lagerung überwiegend brennbarer Stoffe, nicht ebenerdig, > 800m ² Lagerfläche	6
10.2.5	Freilager für überwiegend brennbare Stoffe > 5.000m ² Lagerfläche	6
10.2.6	Hochregallager	6
10.3	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe nach FwDV 500	6
10.3.1	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe II A und III A nach FwDV 500	6
10.3.2	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe II B und III B nach FwDV 500	6
10.3.3	Gebäude und Anlagen der Gefahrengruppe II C und III C nach FwDV 500	6
10.4	Kraftwerke und Umspannwerke	6
11	Sonderobjekte	
11.1	Besonders brandgefährdete Baudenkmäler	6
11.2	Landwirtschaftliche Betriebsgebäude > 2.000m ² in Verbindung mit Wohngebäuden	6
11.3	Kirchen und Gebetsstätten, soweit diese als Versammlungsstätte genehmigt wurden	6
11.4	Unterirdische Verkehrsanlagen	6
11.5	Hotel- und Gaststättenschiffe	6
11.6	Bahnhöfe mit hohen Personenströmen	6
11.7	Flächen für die Feuerwehr, Feuerwehrezufahrten, Feuerwehrezugänge	6
11.8	Justizvollzugsanstalten und Gebäude des Maßregelvollzugs	3
11.9	Flughäfen	3
11.10	Sonstige kritische Infrastrukturen	3-6
11.11	Sonstige Objekte nach Gefährdungsanalyse	3-6

(Hinweis: die Tabelle ist vollständig abgedruckt, obgleich (derzeit) nicht sämtliche Objektarten auf dem Gebiet der Stadt Plettenberg vorhanden sind)

Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gegen diese Satzung kann nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,*
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,*
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet,*
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Plettenberg vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.*

Plettenberg, 05.03.2024

Stadt Plettenberg

*Schulte
Bürgermeister*